

**Niederschrift über die Sitzung der Bezirksvertretung Gadderbaum am**  
**11.03.2010**

---

Tagungsort: Feuerwehrgerätehaus der Freiwilligen Feuerwehr Gadderbaum/Bethel  
Quellenhofweg 36

Beginn: 17:00 Uhr  
Sitzungspause: keine  
Ende: 19:00 Uhr

Anwesend:

Vorsitz

Herr Kögler (CDU)

CDU

Frau Bacso  
Frau Wehmeyer  
Herr Weigert

SPD

Herr Baum  
Herr Heimbeck

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Brunnert  
Frau Flegel-Hoffmann  
Frau Herting  
Herr Lichtenberg  
Frau Pfaff

Abwesend bis 17:20 Uhr, TOP 5

BfB

Herr Witte

FDP

Herr Spilker

Die Linke

Frau Thiel-Youssef

Von der Verwaltung/Externe Berichterstatter

Herr Kronshage, Amt für Jugend und Familie - Jugendamt –

Frau Stude, Büro des Rates  
Herr Ellermann, Büro des Rates, Schriftführer

Entschuldigt fehlt:

Frau Schneider (SPD)

**Öffentliche Sitzung:****Vor Eintritt in die Tagesordnung**

Herr Bezirksvorsteher Kögler begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass die Einladung zur Sitzung form- und fristgerecht erfolgt und die Bezirksvertretung beschlussfähig sei.

-.-.-

**Zu Punkt 1****Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Gadderbaum**

Es werden keine Fragen gestellt.

**Geschwindigkeitsmessung Eggeweg**

Herr Kögler weist darauf hin, dass in der Sitzung am 14.01. von Herrn Gerhard Salberg die Frage gestellt worden sei, ob der Bezirksvertretung Gadderbaum aktuelle Daten zu einer Geschwindigkeitsmessung auf dem oberen Eggeweg bekannt seien. Das Amt für Verkehr habe mitgeteilt:

*„Die städtischen Geschwindigkeitsdisplays wurden wegen der winterlichen Witterung seit Dezember nicht mehr eingesetzt. Der Eggeweg wurde im Oktober auf die Warteliste gesetzt und konnte vor der Winterpause nicht mehr berücksichtigt werden. Wenn das Wetter stabil bleibt und kein neuer Frost oder Schneefall eintritt, ist beabsichtigt, die Displays ab März wieder einzusetzen. Da sich die Anforderung für den Eggeweg zwischenzeitlich im oberen Bereich der Warteliste befindet, wird das Display voraussichtlich im März installiert.“*

Herr Kögler merkt an, dass der Fragesteller darüber bereits mit Schreiben vom 02.03.2010 informiert worden sei.

-.-.-

**Zu Punkt 2****Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 4. Sitzung der Bezirksvertretung Gadderbaum am 11.02.2010****Beschluss:**

**Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung der Bezirksvertretung Gadderbaum vom 11.02.2010 wird nach Form und Inhalt genehmigt.**

- bei 1 Enthaltung einstimmig beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 3****Mitteilungen****Gadderbaumer Freibad**

Frau Pfaff teilt mit:

Am 23.03.2010, 19:00 Uhr, findet die Mitgliederversammlung des Gadderbaumer Freibadvereins im Haus Pellahöhe statt. Bei einem Tagesordnungspunkt wird über die Änderung der Mitgliedsbeiträge abzustimmen sein. Für Erwachsene hat sich der Eintrittspreis in diesem Jahr um 48% auf 4,- Euro und der ermäßigte Eintrittspreis um 6% auf 1,80 Euro erhöht. Um dem sanierungsbedürftigen Freibad weiterhin eine hohe Besucherzahl zu ermöglichen, sollen bitte alle Ratsfraktionen eine Eingabe an den Aufsichtsrat der BBF machen, mit dem Ziel, die Eintrittspreise unter das Niveau der anderen Bielefelder Bäder zu senken. Durch die neuen Preise ist das 35 Jahre alte Bad nicht mehr wettbewerbsfähig.

**Unterschriftenliste zum Ausbau des Missionsweges**

Herr Kögler verliest ein Schreiben von Anwohnerinnen und Anwohnern des Missionsweges zum geplanten Ausbau.

Das Schreiben mit der Unterschriftenliste und das Antwortschreiben des Bezirksvorstehers sind als **Anlagen I und II** der Niederschrift beigefügt.

---

**Zu Punkt 4****Anfragen**

Schriftliche Anfragen liegen nicht vor.

**Nutzungsänderung für den ehemaligen Bioladen auf dem Quellenhof**

Mündliche Anfrage von Frau Pfaff (Bündnis 90/Die Grünen):

**Sind die baulichen Veränderungen am Gebäude des ehemaligen Bioladens auf dem Quellenhof genehmigungs- oder anzeigepflichtig?**

Begründung:

*Der Bioladen auf dem Quellenhof am Quellenhofweg ist geschlossen worden. In den Räumlichkeiten befindet sich nunmehr ein Auslieferungslager, wobei innen und außen bauliche Änderungen vorgenommen worden sind. Die Bezirksvertretung wurde darüber nicht unterrichtet.*

Herr Ellermann antwortet, dass nach Mitteilung des Bauamts diesbezüglich kein Bauantrag dort vorliege. Es werde nun geprüft, ob die baulichen Veränderungen anzeige- bzw. genehmigungspflichtig seien.

Herr Baum bezeichnet die erfolgten baulichen Veränderungen als gering.

### **Sicherheit an der Stadtbahn-Haltestelle Friedrich-List-Straße (Beschluss der BV Gadderbaum vom 14.01.2010)**

Mündliche Anfrage von Herrn Witte (BfB)

**Gibt es neue Erkenntnisse über ergriffene Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit von Schülerinnen und Schülern sowie anderen Fußgängern, die die Friedrich-List-Straße verbotswidrig an der Stadtbahn-Haltestelle Friedrich-List-Straße queren?**

Begründung:

*Die Bezirksvertretung Gadderbaum hat die Verwaltung mit Beschluss vom 14.01.2010 um geeignete Maßnahmen gebeten, um die Situation zu entschärfen.*

Herr Brunnert antwortet, dass nach seinem Kenntnisstand keine Gelder für Verkehrskadetten zur Verfügung stünden.

(Hinweis des Schriftführers: Das Amt für Verkehr ist im Rahmen des Beschluss-Controllings mit Schreiben vom 01.02.2010 gebeten worden, dem Büro des Rates bis zum 21.04.2010 einen Sachstandsbericht für die Bezirksvertretung zu liefern.)

-.-.-

## **Zu Punkt 5**

### **Planung der Tagesbetreuung zum Kindergartenjahr 2010/2011**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0526/2009-2014

Herr Kronshage, Amt für Jugend und Familie – Jugendamt, bittet darum, die Berichterstattung zu diesem Tagesordnungspunkt mit der zu Punkt 6 zusammen fassen zu dürfen. Dagegen erhebt sich aus der Mitte der Bezirksvertretung kein Widerspruch.

Herr Kronshage erklärt, dass es in beiden Vorlagen um die Sicherung und den Ausbau der Tagesbetreuung in Bielefeld gehe. Ziele seien die Sicherung des Rechtsanspruchs der Betreuung von über 3 Jährigen und der Ausbau der Plätze für unter dreijährige Kinder. 35% der unter 3 Jährigen sollten bis zum Jahr 2013 mit einem Betreuungsplatz versorgt sein. Das beinhalte eine Versorgungsquote von etwas über 50% bei den 1 bis 2 Jährigen. Während in Bielefeld die Versorgungsquote bezüglich Kindertageseinrichtungen 2008/2009 bei 15% gelegen habe, könne man dieses Jahr eine Quote von 19% und nächstes Jahr (Kindergartenjahr 2010/2011) eine Quote von ca. 25% erzielen. Hinzuzurechnen seien die

Betreuungsplätze in der Tagespflege (Tagesmütter/Tagesväter). Insbesondere bei den unter 3 Jährigen sei das die zweite Säule der Betreuung. Rechne man diese Plätze hinzu, ergebe sich im Kindergartenjahr 2010/2011 eine stadtweite Versorgungsquote von 29%. Zur Zielerreichung fehlten damit noch ca. 750 Plätze, die bis zum Jahr 2013 einzurichten seien. Dieser Ausbau sei nur einvernehmlich mit den diversen Trägern zu erreichen.

In Gadderbaum steige die Zahl der Plätze von derzeit 364 auf 365 Plätze. Die Versorgungsquote der unter 3 Jährigen steige von derzeit 48% auf 65% im nächsten Jahr. Das sei dadurch begründbar, dass die Geburtenrate schwächer als prognostiziert ausgefallen sei. In Gadderbaum seien 15 Tagesmütter aktiv, die 60 Kinder (weit überwiegend unter 3 Jährige) betreuten. Damit weise Gadderbaum als Stadtbezirk die höchste Dichte an Tagesmüttern auf. Dabei sei allerdings zu berücksichtigen, dass es sich dabei nicht unbedingt um Kinder aus Gadderbaum handele. Die Versorgungsquote bei den über 3 Jährigen liege bei 108% im nächsten Jahr und sei somit als gut zu bezeichnen.

Frau Pfaff zitiert zunächst § 7 Abs 6 der Hauptsatzung der Stadt Bielefeld: „Die Bezirksvertretungen wirken im Übrigen, unbeschadet der Absätze 1 bis 4, beratend und empfehend mit, soweit Belange ihres Bezirkes wesentlich berührt werden. Sie sollen alle örtlichen Belange der Bezirke erörtern, Initiativen entwickeln, auf Mängel hinweisen sowie Vorschläge und Anregungen aller Art an den Rat, die Ausschüsse, die Oberbürgermeisterin oder den Oberbürgermeister richten und diesen gegenüber vertreten.“ Nach Ihrer Meinung brüskierten die vier Beschlussvorlagen des Amtes für Jugend und Familie - Jugendamt - in ihrer Terminierung einige Bezirksvertretungen, wie die Bezirksvertretung Gadderbaum, da der Jugendhilfeausschuss als Fachausschuss bereits in seiner gestrigen Sitzung in der Sache entschieden habe.

Frau Pfaff beanstandet die „Verselbständigung“ von Fachämtern, wenn diese im „Kurzschluss“ mit ihren Fachausschüssen terminlich vor den Sitzungen der Bezirksvertretungen Beschlussvorlagen zur Abstimmung brächten. Die Bezirksvertretungen würden durch solche Strategien zu „Marionettentheatern“ degradiert. Sie nehme für die Gadderbaumer Bezirksvertretung in Anspruch, dass diese die Belange des Stadtbezirks intensiv erörtern und qualifizierte Vorschläge an den Rat und seine Ausschüsse geben könne. Eine Verhandlung über die vier vorliegenden Vorlagen sei absurd, zumal der Beschluss zur Vorlage „Planung der Tagesbetreuung zum Kindergartenjahr“ bis zum 15.03.2010 beim zuständigen Ministerium sein müsse. Änderungsvorschläge seien damit illusorisch, unabhängig davon, dass der Jugendhilfeausschuss bereits gestern einen positiven Beschluss gefasst habe.

Frau Pfaff fragt, ob zusätzliche Stellen für Kindertagesstätten mit überdurchschnittlicher Belegung mit Kindern mit Migrationshintergrund vorgesehen seien. Schließlich erhielten Kindertagesstätten für die Betreuung von Kindern mit Behinderung mehr Personal zugewiesen als üblich. Selbstverständlich wolle sie einen Migrationshintergrund nicht als Behinderung bewerten. Einzelförderungen im Sprachbereich stellten ein großes Hilfsinstrument für diese Kinder dar. Eine Kindertagesstätte mit überdurchschnittlich vielen Kindern mit Migrationshintergrund habe besondere Probleme, die sich nicht über Einzelförderungen auflösen ließen. Frau Pfaff möchte wissen, was das Kinderbildungsgesetz (KiBiz) dazu aussage, wie das Fachamt diese Problematik einschätze und welche Bestre-

bungen es in Bielefeld gebe, diese Kitas und damit den Kindern mit Migrationshintergrund Unterstützung zu geben. Frau Pfaff fragt anschließend nach den Qualifizierungsangeboten für Tagespflegestellen und den Erfahrungen des Fachamtes zu notwendigen Schulungen und Qualifizierungen.

Bezüglich der Planungen zur Tagesbetreuung zum Kindergartenjahr 2010/2011 bittet Frau Pfaff um Auskünfte, ob der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz auch ein Wahlrecht zwischen Kindertagesstätte und Tagespflege beinhalte, welcher prozentuale Bedarf an Tagespflegestellen ab 2013 prognostiziert werde und was der Platz in einer Kindertagesstätte im Vergleich zu einer Tagespflegestelle mit gleicher Betreuungsdauer koste.

Frau Pfaff stellt fest, dass das Johanneswerk nicht mehr als kirchlicher Träger geführt werden solle, sondern als sonstiger Träger und ihm damit keine Kirchensteuern als Einnahme zugerechnet werde. Sie vermutet daher, dass kirchliche Träger künftig zunehmende finanzielle Probleme mit der Aufrechterhaltung ihrer Kindertagesstätten hätten. Sie fragt, ob Bestrebungen kirchlicher Träger bekannt seien, die von ihnen in Gadderbaum geführten Kindertageseinrichtungen in die Hand der Kommune zurück zu geben, was eine bedauerliche Entwicklung für die Vielfalt des Angebotes bedeute.

Herr Kronshage erwidert, dass jedes Jahr die Anmeldungen der Bedarfe an Betreuungsplätzen beim Land NRW für das folgende Kindergartenjahr spätestens am 15. März vorliegen müssten. Den Anmeldungen müssten Gespräche mit allen Trägern über die Art der Betreuungsplätze, Formen der Gruppenbetreuung und die Stundenverteilungen vorausgehen. Man beginne damit bereits im Dezember. Bedauerlicherweise sei die Zeit für den Vorlauf bis zur Erstellung der Vorlagen knapp bemessen. Es sei sicher unbefriedigend, wenn dadurch ein Teil der Bezirksvertretungen nicht vor einem Beschluss durch den Jugendhilfeausschuss informiert werden könne.

Frau Pfaff zeigt sich wiederholt verärgert darüber, dass die Bezirksvertretung keine Beschlüsse mehr fassen könne, die auf die Meinungsbildung des abschließend entscheidenden Jugendhilfeausschusses Einfluss habe.

Herr Weigert empfiehlt, den Trägern künftig eine frühere Frist für die Abgabe der erforderlichen Angaben zu setzen. Der zeitliche Ablauf müsse somit verändert werden.

Herr Heimbeck zeigt sich ebenfalls enttäuscht über den Zeitpunkt der Beratungen. Er betont, dass in Gadderbaum von zehn Kindern unter drei Jahren nur sechs einen Kindertagesstättenplatz fänden. Der Bedarf sei allerdings größer. Herr Heimbeck nimmt Bezug auf die Vorlage 0528/2009-2014 und die dort gemachten Aussagen zur demographischen Entwicklung. Er fragt, ob man nähere Aussagen zu dem erwarteten, nunmehr nicht mehr so starken Geburtenrückgang und den damit verbundenen Auswirkungen machen könne. Herr Heimbeck möchte außerdem wissen, wie sich die Finanzierung und Aufgabenerfüllung von freien Fachkraftstellen im Jugendamt von der bei den freien Trägern unterscheiden würden und ob die gemeldeten Integrationsplätze der tat-

sächlichen Nachfrage entsprechen.

Herr Kronshage stellt dar, dass man den Beginn der Gespräche mit den freien Trägern nicht ohne weiteres auf einen früheren Zeitpunkt verschieben könne. Im Übrigen könnten Beschlüsse der Bezirksvertretung noch in die weitere Umsetzung der Vorlagen einfließen. In etlichen Kindertagesstätten würden Sprachkurse angeboten. Es gebe ausreichend Integrationsplätze für Kinder mit Behinderungen in den Kindertageseinrichtungen. Hier habe ein „Umdenken“ stattgefunden, wonach diese Kinder nicht nur in Sondereinrichtungen betreut werden sollen. Die Sprachförderung sei in den Einrichtungen Standard und für Kinder die Entwicklung von Kindern mit Migrationshintergrund ein maßgeblicher Punkt. Einzelheiten werden erläutert. Ein höherer Personalschlüssel sei dafür nicht gegeben. In Bielefeld betrage die Tagespflegequote 20%, was als gut zu bezeichnen sei. Viele Eltern würden sich bewusst für diese Betreuungsform entscheiden, wobei sich der Elternwille derzeit durchsetzen lasse. In Bielefeld würden die Tagesmütter und -väter relativ gut bezahlt, trotzdem sei diese Betreuungsform im Vergleich günstiger, ohne von einer „Billiglösung“ sprechen zu wollen, zumal dieser Personenkreis teilweise Räumlichkeiten anmieten müsse. Die fachliche Begleitung der Tagespflege sei enorm wichtig und werde ausgebaut. Das umfasse nicht nur die Vermittlung von Tagespflegepersonen, sondern auch die Kontrolle dieser Personen. Diese fachliche Begleitung werde weiterhin auch auf freie Träger übertragen, die diese Aufgabe bereits jetzt in guter Art und Weise wahrnehmen.

Auf Nachfrage von Frau Thiel-Youssef erklärt Herr Kronshage, dass die Miete für die Räumlichkeiten aus dem Budget der Tagesmütter und -väter zu finanzieren sei. Frau Thiel-Youssef hält die Integration von Kindern mit Migrationshintergrund durch den Erwerb von Deutschkenntnissen in Kindertageseinrichtungen für wichtig.

Herr Kronshage kann keinen Trend erkennen, dass sich kirchliche Träger von Betreuungseinrichtungen trennen möchten. Das Johanneswerk werde nicht aus Kirchensteuermitteln finanziert. Zu den demographischen Prognosen merkt Herr Kronshage an, dass die Verlässlichkeit von Prognosen abnehme, je kleiner der betrachtete Bereich sei, wie zum Beispiel Gadderbaum. Aus gesamtstädtischer Sicht sei in Bielefeld der Geburtenrückgang weniger dramatisch als in vergleichbaren anderen Städten.

Herr Witte fragt, ob in der Vergangenheit Gadderbaumer Kinder von Kindertageseinrichtungen wegen Erreichens der Kapazität abgewiesen werden mussten.

Herr Kronshage erwidert, dass die über 3 Jährigen einen Rechtsanspruch auf einen Platz hätten, was bei den unter 3 Jährigen nicht der Fall sei, sondern erst ab 2013. Allerdings gebe es bereits jetzt bestimmte Voraussetzungen, unter denen die Stadt Bielefeld einen Platz für diese Gruppe zur Verfügung stellen müsse.

Herr Brunnert erklärt, dass sich der Rechtsanspruch auf eine Kindertagesstätte nicht auf die jeweils vom Wohnort nächstgelegene beziehe. Er legt dem Amt für Jugend und Familie -Jugendamt - nahe, ein Schreiben an das zuständige Ministerium zu verfassen, in dem der Termindruck erläutert wird, der bei dem Abgabetermin (15.03.) für die Anmeldung des Bedarfs an Betreuungsplätzen in Bielefeld herrsche. Als Begründung

solle angeführt werden, dass sich die Gespräche mit den Trägern nicht beliebig nach vorn verschieben ließen und gewährleistet werden müsse, die politischen Gremien in Bielefeld ausreichend zu beteiligen. Bei der Eingabe könne man sich mit vergleichbaren Städten wie Münster und Dortmund zusammenschließen. Es dürfe dem Landesgesetzgeber nicht egal sein, wie die Kommunen mit dem zeitlichen Problem umgehen.

Mündlicher Antrag

Frau Pfaff beantragt, die Vorlagen 0526/2009 – 2014 sowie 0528/2009 – 2014 nur zur Kenntnis zu nehmen, um der Verwaltung den Unmut der Bezirksvertretung zu signalisieren.

Herr Kögler lässt nach kurzer Diskussion über diesen Antrag abstimmen, der einstimmig beschlossen wird.

**- Die Bezirksvertretung Gadderbaum nimmt die Vorlagen 0526/2009-2014 sowie 0528/2009-2014 (TOP 6) ohne weitere Beschlussfassung zur Kenntnis. -**

-.-.-

**Zu Punkt 6**

**Planung der Tagesbetreuung bis 2013 unter besonderer Berücksichtigung des Ausbaus U 3**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0528/2009-2014

Die Berichterstattung und die Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt erfolgte unter Punkt 5.

**- Die Bezirksvertretung Gadderbaum nimmt Kenntnis -**

-.-.-

**Zu Punkt 7**

**Weiterentwicklung von Kindertagesstätten zu Familienzentren  
Ausbau in den Kindergartenjahren 2010/2011 und 2011/2012**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0550/2009-2014

Herr Kronshage erklärt, dass es im Bereich der Familienzentren in Gadderbaum keine Veränderungen gebe.

Herr Heimbeck spricht sich dafür aus, das Familienzentrum am Ende des Bethelweges zum Zwecke der besseren Erreichbarkeit in das Zentrum Gadderbaums zu verlagern, zum Beispiel in die Kita am Bethelack. Das sei auch für die vorrangige Zielgruppe, die insbesondere entlang der Artur-Ladebeck-Straße wohne, von Vorteil.

Herr Brunnert erwidert, dass es Grundvoraussetzung für die Einrichtung eines Familienzentrums sei, dass die Einrichtung überhaupt wünschenswert sei. Frau Pfaff ergänzt, dass sich seinerzeit nur eine Kita in Gadderbaum als Familienzentrum beworben habe.

Herr Kronshage beantwortet anschließend Verständnisfragen von Frau Pfaff zu Anlage 2.

**- Die Bezirksvertretung Gadderbaum nimmt die Vorlage ohne weitere Beschlussfassung zur Kenntnis. -**

---

#### Zu Punkt 8

#### **Maßnahmen, Anträge und Standorte für KiTas und Jugendhilfeeinrichtungen im Rahmen verschiedener Förderprogramme**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0291/2009-2014

Herr Kronshage stellt dar, dass aus Mitteln des Konjunkturprogramms sowie aus Zuwendungen für Investitionen in Kindertageseinrichtungen zum Ausbau von Plätzen für Kinder unter 3 Jahren zwei Kindertagesstätten in Gadderbaum teilweise saniert würden (Kita Windspiel und Kita im Hortweg).

**- Die Bezirksvertretung Gadderbaum nimmt Kenntnis -**

---

#### Zu Punkt 9

#### **Kulturprogramm Gadderbaum 2010**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0637/2009-2014

Frau Pfaff erklärt, dass das Begegnungszentrum Pellahöhe eine Kulturveranstaltung mit Schülerinnen und Schülern der Friedrich-von-Bodelschwingh-Schulen plane.

#### **Beschluss:**

**Die Bezirksvertretung Gadderbaum beschließt, die bezirksbezogenen Mittel für die Kulturpflege Gadderbaum wie folgt zu verwenden:**

- 884,- € (Musik auf dem Bethelplatz)
- 884,- € (Weihnachtsmarkt)
- 500,- € (Ausstellung Pellahöhe)

- einstimmig beschlossen -

---

#### Zu Punkt 10

#### **Reihenfolge der Arbeiten zum Um- und Ausbau von Straßen und Kanälen sowie die Reihenfolge für die Errichtung von Straßenbeleuchtungseinrichtungen, für Überquerungshilfen, Radwege und Buswartehäuschen**

Herr Kögler verweist auf die Ergebnisse der Besprechung der Arbeits-

gruppe „Haushalt / Städtische Einrichtungen / Tiefbau und Verkehr“ vom 24.02.2010.

Herr Ellermann erklärt, dass die Arbeitsgruppe nach dem Konzept zur Ausleuchtung öffentlicher Verkehrsflächen auf Grundlage der seit April gültigen EU-Verordnung zur schrittweisen energieeffizienten Ausstattung der Straßenbeleuchtung gefragt habe. Für die Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 16. März sei dazu eine umfangreiche Informationsvorlage vorgesehen, aus der Herr Ellermann teilweise zitiert:

*„Auf Grund der Vorgaben der seit April 2009 gültigen EU-Verordnung 245/2009 dürfen ab dem Jahr 2015 keine Quecksilberdampflampen mehr vertrieben werden. Unter Berücksichtigung eines Leuchtmittelwechselintervalls von drei Jahren bedeutet dies für die Stadt Bielefeld, dass mehr als 50% des vorhandenen Leuchtenbestandes bis zum Jahr 2018 ausgetauscht werden muss. (...) Durch die EU-Verordnung 245/2009 werden zusätzliche hohe Ausgaben in der öffentlichen Straßenbeleuchtung über voraussichtlich mindestens 8 Millionen Euro erforderlich. (...) Der Energieverbrauch für die öffentliche Straßenbeleuchtung in Bielefeld im Jahr 2008 mit 12,5 Millionen kWh entspricht fast genau dem Verbrauch von 1990. (...) Auch wenn heute noch nicht verbindlich gesagt werden kann, mit welchen Leistungsdaten die weiterentwickelten Lampentypen angeboten werden, wird es jedoch möglich sein, eine Verbrauchsreduzierung für die öffentliche Straßenbeleuchtung in Bielefeld mit Umsetzung der Vorgaben der EU-Verordnung von etwa 20% spätestens ab dem Jahr 2018 zu erreichen. Dieser Wert würde auch dem Vorschlag der EU beim Klimagipfel in Kopenhagen entsprechen, bei dem die Verringerung der Emissionen bis zum Jahr 2020 erreicht sein soll.“*

Das Amt für Verkehr beabsichtige, die Stadtbezirke zu einem späteren Zeitpunkt genauer zu informieren.

Herr Brunnert erwähnt, dass nach Auskunft der v.B.Stiftungen der Bereich Bethel bereits Ende 2010 mit Energiesparlampen vollständig ausgerüstet sein werde. Durch die Investitionen trage man nicht nur zum Klimaschutz bei, sondern es werde auch langfristig viel Geld eingespart.

Es werden anschließend Fragen zum Einsparpotential gestellt.

Herr Kögler bittet, dazu die Informationen abzuwarten, die das Fachamt noch an die Bezirksvertretungen geben werde.

Herr Ellermann empfiehlt anschließend, unter Buchstabe G) „Buswarte-häuschen“ eine Änderung des in der Arbeitsgruppe erarbeiteten Beschlussvorschlages vorzunehmen. Die in 2009 priorisierten Buswarte-häuschen an den Haltestellen „Remterweg“ und „Neue Schmiede“ seien bereits errichtet worden. Die v.B.S. Bethel, Immobilienmanagement, und das Amt für Verkehr würden empfehlen, stattdessen die Haltestellen Bethelplatz und Dankort an die erste und zweite Stelle zu setzen.

Unter Berücksichtigung der vorgeschlagenen Änderung ergeht folgender

### **Beschluss:**

**Die Bezirksvertretung Gadderbaum legt die Reihenfolge der Arbei-**



**Allgemein**

Werden in einer Straße Arbeiten am Kanalnetz bzw. an den Versorgungsleitungen durchgeführt und wird hierdurch die vorhandene Straßenbefestigung zerstört, so kann die Straßenwiederherstellung (Endausbau) unabhängig von der beschlossenen Priorisierung erfolgen.

Der Ausbau einer Maßnahme kann vorgezogen werden, wenn die höher priorisierten Maßnahmen nicht durchgeführt werden können.

**B) Kanalbau:**

1. Bolbrinkersweg (Regenrückhaltebecken einschließlich Zu- und Ablaufkanäle; 2010)
2. Langenhagen zwischen Haller Weg und Haus Nr. 65 (Schmutz- und Regenwasserkanal; 2011)
3. Weser-Lutter (Gewässer; 2011 – 2013)

**Ohne Festlegung der Priorität:**

Artur-Ladebeck-Straße zwischen Haller Weg und Friedrich-List-Straße  
Eggeweg und Am Dreisberg  
Eggeweg zwischen Artur-Ladebeck-Straße und privaten Flächen

**C) Straßenbeleuchtung:**

- keine –

**D) Überquerungshilfen:**

- keine –

**E) Maßnahmen zur Schulwegsicherung****Ohne Festlegung der Priorität:**

Überquerungshilfe Lutterstraße / Ecke Haller Weg  
Überquerungshilfe Bolbrinkersweg in Höhe des Zuganges zur Brücke über den OWD („Marktkaufbrücke“)

**F) Radwege:**

1. Haller Weg zwischen Artur-Ladebeck-Straße und Einengung in Höhe Fußgängerbrücke OWD
2. Bodelschwinghstraße

**G) Buswartehäuschen**

1. Bethelplatz
2. Dankort

**Außerdem ohne Festlegung der Priorität:**  
**Freudental**  
**Gilead**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 11** **Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand**

**Zu Punkt 11.1** **Aufstellen von Hundetoiletten in folgenden Grünanlagen: Sportpark, Botanischer Garten, Johannisfriedhof (BV Gadderbaum, Beschluss vom 03.12.2009, TOP 5.1); Sachstandsbericht**

Beschlusstext vom 03.12.2009:

*Die Bezirksvertretung Gadderbaum bittet die Verwaltung, in den Grünanlagen „Sportpark, Botanischer Garten, Johannisfriedhof“, die bereits in Gadderbaum bewährten Hundetoiletten (Tütenspender und Mülleimer) aufzustellen. Es sind alle Möglichkeiten des Sponsorings auszuschöpfen.*

Dazu haben die Mitglieder der Bezirksvertretung eine Mitteilung des Umweltbetriebes vom 23.02.2010 mit folgendem Inhalt erhalten:

*„Es wurden im Nordpark, Stadtpark Brackwede und im Baugebiet Ellerbrocks Feld probeweise Hundekotbeutelspender (HKB) aufgestellt. Die Spender wurden von den Hundehaltern gut angenommen. Das Aufstellen von HKBs ist eine freiwillige Aufgabe. Als Auswirkung des Haushaltssicherungskonzeptes müssen jedoch freiwillige Aufgaben derzeit zurückgestellt werden. Somit kann derzeit das Aufstellen der HKBs nicht vorrangig umgesetzt werden.*

*Es wird jedoch weiterhin geprüft, in wieweit das Aufstellen durch Sponsoring realisiert werden kann. Es gibt derzeit noch keine Erkenntnisse, in wieweit die Kosten für die Aufstellung und die Bestückung (Folgekosten) gesponsert werden, wenn Ergebnisse vorliegen, werden wir berichten. Der zusätzliche Mehraufwand an Arbeitskräften für die Verteilung der Beutel und die Bestückung der Spender kann erst ermittelt werden, wenn eine feste Zahl an Spendern für das Stadtgebiet festliegt.“*

**- Die Bezirksvertretung Gadderbaum nimmt Kenntnis -**

-.-.-

**Zu Punkt 11.2 Grundstück für eine Skateranlage (BV Gadderbaum, Beschluss vom 03.12.2009, TOP 5.2); Sachstandsbericht**

Beschlusstext vom 03.12.2009:

*Die Verwaltung möge bitte prüfen, in wieweit ein geeigneter Standort für die Errichtung einer Skateranlage in Gadderbaum gefunden werden kann, insbesondere auf dem Grundstück des ehemaligen Hallenbades, des Sportparks Gadderbaum, im Umfeld des Sportplatzes „Bolbrinkersweg“ oder auf anderen adäquaten Grundstücken.*

Herr Ellermann berichtet, dass die Verwaltung (Immobilienervicebetrieb, Umweltbetrieb, Sportamt, Bezirksmanagement) aus den möglichen Standorten die Fläche des ehemaligen Hallenbades Gadderbaum favorisiere. Die Detailprüfung - insbesondere zum Emissionsschutz – werde im Frühjahr erfolgen. (Mitteilung des Immobilienervicebetriebes vom 10.03.2010.)

---

**Zu Punkt 11.3 Halteverbot am Grenzweg (BV Gadderbaum, Beschluss vom 11.02.2010, TOP 5.2); Sachstandsbericht**

Beschlusstext vom 11.02.2010:

*Die Bezirksvertretung Gadderbaum bittet die Verwaltung zu prüfen, durch welche Maßnahmen gewährleistet werden kann, dass die Fußgänger am Grenzweg geschützt werden, die Anwohner des Richard-Wilmanns-Weges und Grenzweges ihre Wohnungen erreichen können und der Bus ungehindert den Grenzweg passieren kann. Insbesondere ist zu prüfen, ob das Halteverbot am Grenzweg, beginnend am Kinderzentrum (Haus Nr. 14), bis zum Café Freudental ausgeweitet werden kann. Dieses gilt, soweit es den Stadtbezirk Gadderbaum betrifft. Die Bezirksvertretung Gadderbaum empfiehlt der Bezirksvertretung Mitte, sich dem Prüfauftrag anzuschließen.*

Herr Ellermann berichtet, dass sich die Bezirksvertretung Mitte dem Prüfauftrag der Bezirksvertretung Gadderbaum am 04.03.2010 mehrheitlich angeschlossen habe.

---